

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Christoph Meyer, Daniela Kluckert, Bernd Reuther, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/13101 –**

Tegel offen halten – Für Berlin und für Deutschland

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Christian Kühn (Tübingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/14826 –**

Die Zukunft von Berlin TXL – The Urban Tech Republic

A. Problem

zu a)

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, den Konsensbeschluss mit den Ländern Berlin und Brandenburg vom 28. Mai 1996 aufzukündigen; sich in den Gremien der FBB GmbH sowie gegenüber den Landesregierungen von Berlin und Brandenburg für einen dauerhaften Parallelbetrieb der Flughäfen Berlin-Tegel und BER und eine zügige und umfassende Sanierung des Flughafens Berlin-Tegel einzusetzen; einen konkreten Maßnahmenplan zum Umgang mit den ansteigenden Passagierzahlen am Flughafen BER zu veröffentlichen, sofern ein dauerhafter Parallelbetrieb der Flughäfen Berlin-Tegel und BER nicht gewährleistet werden kann und einen detaillierten Projektplan zu veröffentlichen, wann welche Meilensteine bis zur vollständigen Eröffnung des BER erreicht werden.

Zu b)

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich am Standort Berlin TXL für die zügige Planung und Realisierung des zukünftigen Forschungs- und Industrieparks, für eine leistungsfähige Standorterschließung, für die Schaffung von mietpreisgebundenem und sozialem Wohnraum sowie für die Entwicklung der Quartiere zur nachhaltigen europäischen Stadt einzusetzen; sich für den Abbau der Subventionierung und eine umfassende Besteuerung des Luftverkehrs in Deutschland und Europa einzusetzen sowie für eine vollständige Internalisierung der durch den Luftverkehr verursachten externen Kosten und ein Luftverkehrskonzept für Deutschland vorzulegen, das auch Klimabelange, die Belange der Menschen in den Flughafenregionen und Umweltbelange zeitgemäß und angemessen berücksichtigt.

B. Lösung

zu a)

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/13101 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.

zu b)

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14826 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

zu a)

Annahme des Antrags.

zu b)

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/13101 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 19/14826 abzulehnen.

Berlin, den 12. Februar 2020

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Arno Klare
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Arno Klare

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/13101** in seiner 112. Sitzung am 12. September 2019 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. In seiner 124. Sitzung am 7. November 2019 hat er den Antrag nachträglich zusätzlich an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Den Antrag auf **Drucksache 19/14826** hat er in seiner 124. Sitzung am 7. November 2019 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

zu a)

Der Antrag auf Drucksache 19/13101 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, den Konsensbeschluss mit den Ländern Berlin und Brandenburg vom 28. Mai 1996 aufzukündigen; sich in den Gremien der FBB GmbH sowie gegenüber den Landesregierungen von Berlin und Brandenburg für einen dauerhaften Parallelbetrieb der Flughäfen Berlin-Tegel und BER und eine zügige und umfassende Sanierung des Flughafens Berlin-Tegel einzusetzen; einen konkreten Maßnahmenplan zum Umgang mit den ansteigenden Passagierzahlen am Flughafen BER zu veröffentlichen, sofern ein dauerhafter Parallelbetrieb der Flughäfen Berlin-Tegel und BER nicht gewährleistet werden kann und einen detaillierten Projektplan zu veröffentlichen, wann welche Meilensteine bis zur vollständigen Eröffnung des BER erreicht werden.

Zu b)

Der Antrag auf Drucksache 19/14826 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich am Standort Berlin TXL für die zügige Planung und Realisierung des zukünftigen Forschungs- und Industrieparks, für eine leistungsfähige Standorterschließung, für die Schaffung von mietpreisgebundenem und sozialem Wohnraum sowie für die Entwicklung der Quartiere zur nachhaltigen europäischen Stadt einzusetzen; sich für den Abbau der Subventionierung und eine umfassende Besteuerung des Luftverkehrs in Deutschland und Europa einzusetzen sowie für eine vollständige Internalisierung der durch den Luftverkehr verursachten externen Kosten und ein Luftverkehrskonzept für Deutschland vorzulegen, das auch Klimabelange, die Belange der Menschen in den Flughafenregionen und Umweltbelange zeitgemäß und angemessen berücksichtigt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu a)

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 19/13101 in seiner 39. Sitzung am 12. Februar 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 12. Februar 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Zu b)

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/14826 in seiner 41. Sitzung am 12. Februar 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat zu dem Antrag auf Drucksache 19/13101 in seiner 51. Sitzung am 16. Oktober 2019 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. In seiner 56. Sitzung am 13. November 2019 hat er beschlossen, den Antrag auf Drucksache 19/14826 in die öffentliche Anhörung einzubeziehen.

In seiner 59. Sitzung am 11. Dezember 2019 hat der Ausschuss die öffentliche Anhörung durchgeführt. Als Sachverständige nahmen an der Anhörung teil: Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV); Prof. Dr. Philipp Bouteiller, Geschäftsführer der Tegel Projekt GmbH; Klaus Dietrich, Bürgerinitiative „Tegel endlich schließen“; Dieter Faulenbach da Costa, fdc Airport Consulting; Prof. Dr. jur. Elmar Giemulla, Honorarprofessor für Luftverkehrsrecht (TU Berlin), em. Professor für Verwaltungsrecht (HS Bund), Adjunct Professor für Luftrecht und Luftsicherheitsrecht (Embry-Riddle Aeronautical University); Jürgen Kipp, Rechtsanwalt, Präsident des OVG Berlin-Brandenburg a.D.; Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH; Rainer Teschner-Steinhardt, Bezirksamt Neukölln von Berlin, Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes und Prof. Dr.-Ing. Werner Ullmann, Präsident der Beuth Hochschule für Technik Berlin. Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das – auch im Internet veröffentlichte – Wortprotokoll der 59. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur verwiesen, dem die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen als Anlagen beigefügt sind.

In seiner 65. Sitzung am 12. Februar 2020 hat der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur die Anträge abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass sich bei der öffentlichen Anhörung die Mehrzahl der Sachverständigen für eine Schließung des Flughafens Tegel ausgesprochen habe. Zudem verwies sie auf den Konsensbeschluss zwischen dem Bund, dem Land Berlin und dem Land Brandenburg aus dem Jahr 1996, in dem man vereinbart habe, Tegel spätestens sechs Monate nach der Eröffnung des BER zu schließen. Im Übrigen verweise sie auf die Ausführungen der Fraktion der SPD. Sie betonte, die Forderung nach einer besseren Anbindung des Bereichs Tegel durch den ÖPNV würde sie mittragen, wenn es dazu einen auf diese Forderung beschränkten Antrag gäbe. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte jedoch Forderungen, die sie überhaupt nicht mittragen könne. Sie werde daher beide Anträge ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, niemand könne vorhersehen, wie viele Passagiere es im Jahr 2040 in Berlin geben werde. Derzeit wachse der Flugverkehr, aber ob er dann immer noch wachse, wisse man nicht. Doch auch dann, wenn sich Schätzungen über 55 Millionen Passagiere realisierten, reiche die Infrastruktur am BER dafür aus, zumal Erweiterungen der Terminalkapazität in der Planung seien. Schätzungen über die Passagierzahlen in Berlin beruhten zum Teil auch auf Annahmen zu einer Hub-Funktion des BER. Aus historischen Gründen werde sich Berlin aber nicht zu einem Hub im Luftverkehr entwickeln, zumal Flugzeugtypen auf dem Markt seien, welche die Bedeutung von Hub-Verkehren in Zukunft reduzieren würden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehe zwar in die richtige Richtung. Sie werde ihn aber ablehnen, weil er mit vielen mobilitätspolitischen Themen befrachtet sei, die mit dem Flughafen Tegel nichts zu tun hätten.

Die **Fraktion der AfD** bemerkte, das Ziel des Antrags auf Drucksache 19/13101, den Flughafen Tegel weiter offen zu halten, setze die Aufhebung des Konsensbeschlusses von 1996 voraus. Dieser Beschluss spiegle nicht mehr die heutige Realität wieder. Mit einer Schließung von Tegel reduziere man die Zahl der Start- und Landebahnen von drei Start- und Landebahnen auf zukünftig zwei. Am Flughafen BER sei auch die Zahl der Abfertigungsspuren für die Sicherheitskontrolle viel zu gering. Sie betonte, auch die Anhörung habe ergeben, dass Tegel offen bleiben müsse. Am BER habe es nicht selten Pannen gegeben und es könne durchaus sein, dass dort eine solche Panne auch noch nach der Schließung des Flughafens Tegel auftrete. Was in Tegel nach dem Antrag der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesiedelt werden solle, könne genauso gut auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof angesiedelt werden.

Die **Fraktion der FDP** betonte, die Entscheidung, den BER als Single-Airport zu planen, sei 1996 unter anderen Voraussetzungen getroffen worden. Heute gebe es ganz andere Verkehrsprognosen. In der Anhörung sei erörtert worden, ob ein Flughafen BER tatsächlich den gesamten Flugbetrieb für die Region übernehmen könne, was mit einem großen Fragezeichen versehen worden sei. Zwei Flughäfen würden zudem die in Berlin und Brandenburg durch den Zubringerverkehr entstehenden Lasten besser verteilen. Auch könne die alleinige Abwicklung des Flugverkehrs über den BER in Berlin zu einem Verkehrskollaps führen. Mindestens zwei Flughäfen gebe es in allen Metropolen, nur in Berlin solle eine funktionierende Infrastruktur geschlossen werden. Zudem hätten die Berlinerinnen und Berliner 2017 ein eindeutiges Votum für beide Flughäfen abgegeben. Sie forderte, die Politik müsse in der Lage sein, falsche Entscheidungen zu revidieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Auffassung, die Debatte über die Offenhaltung des Flughafens Tegel sei völlig aus der Zeit gefallen. Die Entscheidungen seien schon lange gefallen und alle Vorbereitungen für die Schließung des Flughafens seien erfolgt. Der Flughafen Tegel sei ein Flughafen mitten im Stadtgebiet; über den Bau eines solchen Flughafens würde heute niemand auch nur nachdenken. Von daher sei der Antrag der FDP nicht nachzuvollziehen. Die Argumente zur Kapazität des Flughafens BER seien seit langem bekannt und ergäben keine neue Lage. Zudem habe man längst eine Situation, in der man zumindest in Frage stellen müsse, ob es sinnvoll sei, die bisherigen Zuwachsraten im Luftverkehr unter Klimaschutzgesichtspunkten und unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten fortzuführen. Statt mehr Flughäfen brauche man mehr und bessere Angebote bei der Bahn.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, die Anhörung habe sehr klar gezeigt, dass der Flughafen Tegel in Zukunft kein verkehrspolitisch sinnvoller Flughafen mehr sein könne. Die große Mehrzahl der Sachverständigen habe daher die Auffassung vertreten, dass der Flughafen Tegel geschlossen werden müsse. Sie stellte fest, das Votum des Volksentscheids von 2017 sei durch den rot-rot-grünen Senat 1:1 befolgt worden. Der Volksentscheid habe die Regierung Berlins nur aufgefordert, zu prüfen, was möglich sei. Das sei erfolgt. Sie betonte, beim BER werde es auch keinen Verkehrskollaps geben; der Flughafen sei gut an den ÖPNV und an den Schienenpersonenfernverkehr angebunden. An die Fraktion der AfD gewandt stellte sie fest, eine Bebauung des Tempelhofer Felds sei gesetzlich untersagt. Die Argumente, die von den Koalitionsfraktionen gegen den Antrag auf Drucksache 19/14826 vorgetragen würden, seien nicht überzeugend.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/13101 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14826.

Berlin, den 12. Februar 2020

Arno Klare
Berichterstatter

